

Freie Demokraten

Landesverband
Bremen **FDP**

Beschluss des Landesparteitags der FDP Bremen vom 8. April 2017

Investieren und Schulden abbauen

Ab 2020 muss Bremen einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Als Haushaltsnotlageland erhält Bremen im Rahmen einer Härtefallregelung 400 Mio. Euro pro Jahr. Zudem erhält das Land durch diverse Änderungen 80 Mio. Euro pro Jahr zusätzlich. Zugleich sind die Steuereinnahmen Bremens in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen.

Der Bund erwartet, dass ein Teil der zusätzlichen Mittel für Schuldentilgung eingesetzt wird. Angesichts von mehr als 22 Mrd. Euro Schulden, die Bremen Ende 2019 haben wird, ist dies eine gerechtfertigte Forderung. Nach Ansicht der FDP ist es unabdingbar, dass Schulden abgebaut werden. Ziel dabei muss sein, dass 2030 die Schulden unter 20 Mrd. und bis 2050 die Schulden deutlich unterhalb von 15 Mrd. Euro liegen.

Die Bremer FDP ist der Ansicht, dass die zusätzlichen Mittel für Schuldentilgung und nur ausnahmsweise im begrenzten Umfang für Investitionen eingesetzt werden können, sofern die Investitionen nachweislich nachhaltig Arbeitsplätze schaffen, die Wirtschaftskraft stärken bzw. Wachstum fördern, dazu beitragen die Einwohnerzahl zu erhöhen, Bildungsmöglichkeiten zu verbessern oder die innere Sicherheit zu erhöhen.

Die FDP fordert, dass mindestens 187 Millionen Euro jährlich und Steuermehreinnahmen in die Schuldentilgung fließen. Dann ist es möglich die Schulden auf unter 20 Mrd. Euro bis 2030 zu verringern.